



Protest Bewegung Umbruch

Von der Stellvertreter-
zur Beteiligungsdemokratie

VSA

René Rudolf
Ringo Bischoff
Eric Leiderer (Hrsg.)

Protest – Bewegung – Umbruch

Von der Stellvertreter-
zur Beteiligungsdemokratie

VSA: Verlag Hamburg

René Rudolf / Ringo Bischoff /
Eric Leiderer (Hrsg.)

© VSA: Verlag Hamburg 2011
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
www.vsa-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten

Konzeption, Gestaltung
Kornberger und Partner Kommunikationsberatung, Berlin
www.kornbergerpartner.com

Bildnachweis
Titelfoto: Demonstrationen gegen die Rentenreform in Paris
(Foto: Luysen Jean-Luc/picture alliance/abaca)
Bilder Seite 14, 15, 42, 116: picture alliance/dpa
Die nicht besonders gekennzeichneten Fotos stammen
von den AutorInnen der jeweiligen Beiträge.

Druck und Buchbinderarbeiten
Druckerei CONRAD, Berlin
www.druckereiconrad.de

ISBN 978-3-89965-448-6

Inhalt

- 6 / **Vorwort**
- 8 / **Einleitung**

- 12 / **Der Wind hat sich gedreht**
- 18 / **Schluss mit Basta**
- 30 / **Kein Feuer, aber Glut**
- 46 / **#unibrennt –
Das Experiment Basisdemokratie**
- 56 / **Wir machen Politik**
- 68 / **London Calling**
- 82 / **Demokratie lebt –
wenn ihr euch empört**
- 110 / **Der Geist von Genua**
- 122 / **Puderzucker auf Protest**

- 130 / **Gemeinsam und nahe
an den Menschen**

- 142 / **Motor der Mobilisierung**
- 156 / **Gemeinsam stark**
- 168 / **Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun**

Vorwort

für die Herausgeber von René Rudolf
Berlin

»Unsere Anliegen müssen in die Welt – und dafür sorgen wir selbst!«, sagte ein Aktivist bei einer der zahlreichen Anti-Atomkraft-Demonstrationen 2011. Dieser Satz wird untermauert durch die Proteste in Frankreich, Italien, Griechenland und England und zeigt, wie sich der Politikbegriff in den letzten Jahren von der Stellvertreterdemokratie zur Beteiligungsdemokratie gewandelt hat. Auch in Deutschland stehen die Menschen seit 2009 wieder verstärkt öffentlich für ihre Interessen ein und bringen den Protest medienwirksam auf die Straße. Vor diesem Hintergrund kamen die Herausgeber bei einem gemeinsamen Treffen Ende 2010 auf die Idee, diese Entwicklung zu hinterfragen und die Motive der Beteiligten darzustellen.

Das Ergebnis ist ein Buch, das eine große Bandbreite von Meinungen und Eindrücken abbildet. Als Einstieg liefert Peter Kruse in seinem Vorwort einen übergeordneten Blick auf die Treiber des gesellschaftlichen Wandels. Danach gliedert sich das Buch in drei Teile. Im ersten Teil berichten neun AutorInnen aus fünf europäischen Staaten aus ihrer ganz individuellen Perspektive, wie sie die angesprochenen Proteste zum einen wahrgenommen haben, und zum anderen, was diese Proteste ihrer Meinung nach für unsere künftige Gesellschaft bedeuten. Im zweiten Teil verdichten drei GewerkschafterInnen die Thesen und Aussagen der AutorInnen im Interview zu drei Themenbereichen: Was bedeuten die aktuellen Proteste für die Jugend, welche Rolle spielen dabei Bündnisse und wie beteiligen sich Menschen künftig am politischen Entscheidungsprozess. Im letzten Teil geben dann die Herausgeber Antworten aus ihrer Perspektive.

Gerade die Texte aus dem erstgenannten Teil weisen unterschiedlichste Meinungen auf. Die AutorInnen teilen ihre Erfahrungen mit uns und spiegeln nicht in allen Punkten die Standpunkte der Herausgeber wider. Das müssen sie auch nicht. Im Fokus stand, die vielschichtigen Positionen so abzubilden, wie sie sich in dieser Gesellschaft auch tatsächlich wiederfinden. Auch die Gewerkschaftsjugend ist vielschichtig und findet sich – wie die Gegner von Stuttgart 21 und Atomkraft – so manches Mal in der Defensive wieder. Am besten kommt man jedoch aus der Defensive, wenn man voneinander lernt. Dabei ist es nie schlau, kontroverse Meinungen auszublenden. Ganz im Gegenteil. Unterschiedliche Meinungen sind positiv, gehören dokumentiert, diskutiert und nicht verschwiegen.

So dürfen die Texte ruhig Fragen aufwerfen. Fragen aufwerfen, die beantwortet werden müssen, Fragen, für die wir gemeinsam Lösungen entwickeln müssen. Dieses Buch leistet einen Beitrag auf dem Weg dorthin. Ich möchte im Namen der Herausgeber allen AutorInnen danken, dass sie keine Mühe gescheut haben, uns an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen. Sie haben dieses Buch überhaupt erst möglich gemacht.

Einleitung

von Prof. Dr. Peter Kruse
nextpractice Bremen

Im Januar 2010 eröffnete der Verleger Hubert Burda (Fokus, Bunte u.a.) den Kongress DLD (Digital Life Design) in München mit dem Zitat des Philosophen Walter Benjamin, »Wann immer sich die Medien ändern, ändert sich die Gesellschaft«. Besser lässt sich der fundamentale Denkfehler, der bis heute die Diskussion um die gesellschaftliche Bedeutung des Internet beherrscht, nicht auf den Punkt bringen. Die Psychologie bezeichnet das Geschehen als »phänomenale Kausalität«: Wann immer zwei Ereignisse zur gleichen Zeit am gleichen Ort auftreten, unterstellt der Beobachter intuitiv einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang.

Die Parallelität des Booms der sozialen Netzwerke im Internet mit der überall in der Welt neu erwachenden politischen Aktivierung der Menschen in Bürger- und Freiheitsbewegungen lässt die neuen Medien auf den ersten Blick nur allzu selbstverständlich als Auslöser der Entwicklung erscheinen. Wen wundert's, dass die Mächtigen dieser Welt die Dynamik im Internet argwöhnisch verfolgen und davon träumen, sie über rechtliche Regelungen kalkulierbarer zu machen oder zumindest im Notfall mit einem »Kill-Button« ausschalten zu können. Es ist immer entlastend, ein klares Feindbild zu konstruieren, wenn der Druck zur Veränderung zunimmt.

Der Boom der sozialen Netzwerke im Internet und das wachsende Bedürfnis der Menschen nach politischer Beteiligung sind jedoch weit eher eigenständige, wenn auch sich gegenseitig fördernde Antworten auf die immer sichtbarer werdenden Leistungsgrenzen der heute etablierten gesellschaftlichen Steuerungsprinzipien. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2011 hat die versammelte Entscheider-Elite die Bewältigung von Komplexität als Problem mit höchster strategischer Priorität anerkannt. Unter dem noch frischen Eindruck der Weltwirtschaftskrise und bereits vor dem Katastrophenszenario von Fukushima ließ sich eine offizielle Bankrotterklärung des Mythos der Beherrschbarkeit globaler Risiken nicht mehr vermeiden.

Die enorme Zustimmung, die der Streitschrift »Empört Euch« des nicht gerade als Internet-Aktivist auffällig gewordenen, über 90 Jahre alten Franzosen Stéphane Hessel entgegenschlägt, belegt das wachsende energetische Potenzial für die notwendige Suche nach neuen Wegen. »Der kommende Aufstand« ist offenkundig bereits deutlich mehr als nur die Phantasie eines »unsichtbaren Komitees«. (»Der

kommende Aufstand« ist ein politischer Essay, der 2007 in französischer Sprache erschien. Die AutorInnen sind nicht bekannt. Als Verfasser wird »Das unsichtbare Komitee« aufgeführt.) Ohne die Existenz eines stabilisierenden Ost-West-Konfliktes wird die Auseinandersetzung mit den Unzulänglichkeiten einer Ordnung unausweichlich, die sich in ihrer Siegerpose allzu lang einer intensiveren Hinterfragung entzogen hat. Die repräsentative Demokratie steht ebenso auf dem Prüfstand wie das Prinzip der freien Marktwirtschaft. Generell wächst die Skepsis gegen jede Form von Führung und Hierarchie.

In einer historischen Umbruchsituation, in der der Glaube an die »Weisheit der Wenigen« immer mehr ins Wanken gerät, ist das Internet ein allgegenwärtiges Versprechen auf die Möglichkeit der praktischen Nutzung der »Weisheit der Vielen«. Die neuen Medien bilden aufgrund ihrer Systemarchitektur einen kraftvollen Resonanzkörper für die Selbstverstärkung existierender gesellschaftlicher Grundströmungen.

Im Internet sind drei Voraussetzungen in idealer Weise erfüllt, die das plötzliche Auftreten von Massenphänomenen wahrscheinlich machen: 1. hohe Vernetzungsdichte, 2. starke Spontanaktivität und 3. die Existenz kreisender Erregungen (siehe zum Beispiel Twitters Re-Tweet-Funktion oder Facebooks »I like«-Button). Anders als in den Massenmedien Zeitung, Rundfunk und Fernsehen, in denen es unerlässlich ist, möglichst häufig und dauerhaft präsent zu sein, um Wirkung zu entfalten, kann im Internet jeder noch so kleine Stein in kürzester Zeit zur Lawine werden. Trifft eine Information den Nerv der Zeit, dann wird sie von den anderen NetzwerkteilnehmerInnen aktiv weitergeleitet, bewertet oder kommentiert.

Mit dem Internet skaliert das Prinzip der Mund-zu-Mund-Propaganda in völlig neue Dimensionen. Die Macht verschiebt sich vom Anbieter auf den Nachfrager. Das Selbstbewusstsein der Gesellschaft steigt mit dem Zugang zu Informationen (Transparenz), der Nachvollziehbarkeit von Entwicklungen (Traceability) sowie der Möglichkeit, sich schnell und mit geringem Aufwand aus der Vereinzelung zu lösen (Autokatalyse). Das Internet fördert die Einsicht der Menschen in Zusammenhänge, organisiert Diskursprozesse und gestattet es, auch ohne institutionelle Unterstützung mehrheitsfähige Interessengemeinschaften zu bilden. Es spricht viel dafür, dass das Internet zu einer verstärkten Politisierung der Gesellschaft beiträgt, ohne dass die Parteien davon nennenswert profitieren. Die online gebildete Masse senkt die Schwelle, sich unmittelbar und persönlich für Themen zu engagieren. Das Gefühl, nicht alleine zu sein, macht es leichter, aus der Anonymität herauszutreten und Verantwortung zu übernehmen. Wir befinden uns mitten im Übergang von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie.

Motor der Mobilisie- rung



**Entwicklungschancen und
Krisenängste liegen heute so nah
beieinander wie selten.
Jugend und Gewerkschaft im Umbruch**

von René Rudolf

**»Die Zukunft
gehört denen, die an die
Wahrhaftigkeit
ihrer Träume glauben.«**

– Eleanor Roosevelt

In einem gesellschaftlichen Klima und vor dem Hintergrund einer dramatischen demographischen Entwicklung wird politisches Engagement für die junge Generation mehr und mehr zu einer existenziellen Frage. Neben den eindrucksvollen Anti-Atomkraft-Protesten steht für junge Erwachsene heute die Frage im Mittelpunkt: Wie wollen wir leben?. Und die Antworten auf diese Frage sind so vielfältig wie diese Generation. Aber eines wird deutlich: Trotz allem Optimismus der jungen Generation vereint sie eine große Angst vor der Zukunft und vor fehlenden Perspektiven zur Entwicklung ihrer Stärken. Gerade in den so genannten bildungsfernen Milieus potenziert sich diese Zukunftsangst in reale Perspektivlosigkeit. Seit Jahrzehnten kämpft die Gewerkschaftsjugend gegen diese Entwicklung und seit einigen Jahren tut sie dies auch unter breiter Einbindung und Beteiligung der jungen Generation. Um hier reale Erfolge erzielen zu können, müssen sich Gewerkschaften aber noch weiter wandeln. Wandeln hin zu einer offenen Organisationskultur, die Interesse und Neugier zeigt an den Codes der jungen Generation und auch temporäre Beteiligung ermöglicht. Nur dann werden Gewerkschaften zum Motor der Mobilisierung und dienen der Kanalisierung der Proteste für die Interessen der jungen Generation. Im Interesse der jungen Generation.

**Die junge Generation
Politisch, engagiert,
prekär und überfordert**

Vorneweg gleich eine Klarstellung: Die junge Generation ist nicht unpolitisch und inaktiv. Für viele bedarf es dieser Klarstellung nicht, denn sie können es selbst erleben und beobachten. Während des Bildungsstreiks, bei den Anti-Atom-Demonstrationen, bei den Naziblockaden in Dresden und nicht zuletzt bei all den unterschiedlichen gewerkschaftlichen Aktionen wird ein großer Teil der Protestbewegung im Wesentlichen durch die Beteiligung junger Menschen getragen. Und für diejenigen, die dies nicht erleben durften, haben wir es seit der letzten Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2010 auch schwarz auf weiß. Aus dieser quantitativen Erhebung (befragt wurden Jugendliche im Alter zwischen 12 und 25) geht deutlich hervor, dass ein großer Teil der Befragten politisch interessiert ist und sich auf sehr unterschiedliche Weise engagiert.

Wie wir aber wissen, steht Engagement und Beteiligung oftmals in direktem Zusammenhang mit der persönlichen Lebenssituation. So ist dieses Engagement nicht als selbstverständlich hinzunehmen. Denn wir haben es mit einer Generation zu tun, deren persönliche Situation in weiten Teilen von persönlicher Unsicherheit geprägt ist. Ob wir hier den Studenten betrachten, der nun nach Abschluss seines Studiums das fünfte Praktikum in Folge absolviert. Oder die junge Leiharbeiterin, die nach ihrer Ausbildung von ihrem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen wurde und bis heute, ohne eine Aussicht auf Festanstellung, in Leiharbeit beschäftigt ist. Unsicherheit und prekäre Beschäftigung treffen vor allem junge Menschen: Im DGB-Index Gute Arbeit (Sonderauswertung junge Beschäftigte, Oktober 2009) wurde ermittelt, dass mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Erwerbstätigen unter 25 Jahren in prekären Arbeitsverhältnissen (befristetes Arbeitsverhältnis/Leiharbeit/Minijob/Niedriglöhne von unter 1.500 Euro brutto) beschäftigt ist.

Daneben steigen aber auch die Anforderungen an die junge Generation insgesamt. Die Jüngeren müssen früh im Wettbewerb bestehen. Schon mit Beginn der Grundschulzeit stehen sie unter einem enormen Leistungs- und Erfolgsdruck – ihr Alltag kann dem

Vergleich mit dem eines Topmanagers standhalten. Wer diesen Druck nicht aushält oder den Leistungsanforderungen nicht gerecht wird, hat schlechte Startchancen für das gesamte weitere Arbeitsleben. Noch dramatischer wird die Situation, wenn dies zusammenkommt mit einer sozialen Herkunft aus dem so genannten bildungsfernen Milieu. In kaum einem anderen OECD-Land ist der Zusammenhang von nicht ausreichender Bildung und sozialer Herkunft so gravierend wie in Deutschland (PISA 2009).

Selbst bei gleicher Leistung und bei gleichen Voraussetzungen erreichen gerade mal die Hälfte der Kinder von ArbeiterInnen gegenüber Kindern von AkademikerInnen die Sekundarstufe II (Befähigung zur beruflichen Ausbildung/Besuch einer Hochschule). In nationalen und auch internationalen Studien (Nationaler Bildungsbericht, PISA) wird dem deutschen Bildungssystem ein miserables Zeugnis ausgestellt. Dabei ist vor allem die Anzahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss erschreckend hoch. Mit dem Problem, dass gerade HauptschülerInnen sehr geringe Chancen haben, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen. In Deutschland sind 1,5 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung und damit ohne eine wirkliche Perspektive für gute Arbeit und ein gutes Leben.

Ein großer Teil der jungen Generation leidet unter einem Bildungswesen, das sozial ausgrenzt, Benachteiligungen nicht ausgleicht, zu wenige Menschen ausreichend gut qualifiziert und somit für einen großen Teil der Jugendlichen schlechte Grundvoraussetzungen für das Berufs- und Arbeitsleben schafft. Und der deutsche Bildungsföderalismus mit seiner Länderhoheit in Bildungsfragen leistet auf katastrophale Weise seinen Beitrag zu dieser Situation. Ohne ein komplettes Umdenken im Bildungswesen, das gleiche Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen für Jede und Jeden ermöglicht, Bildungsgebühren aufgibt und Jugendliche mit schlechteren Startchancen individuell fördert, wird ein großer Teil einer ganzen Generation abgehängt. Die Auswirkungen auf Gesellschaft, Demokratie und Arbeitsmarkt sind zu erahnen.

Trotz dieser schwierigen Voraussetzungen für Jugendliche heute bringt ein erstaunlich großer Teil dennoch eine ordentliche Portion Grundoptimismus und Motivation für die eigene Zukunft mit. Dies

scheint angesichts der bevorstehenden Herausforderungen auch notwendig, um nicht schon im Vorfeld zu kapitulieren. Laut Shell-Jugendstudie blicken etwa 70 Prozent der Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren hoffnungsvoll optimistisch oder zupackend in die Zukunft. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Gruppen von Jugendlichen wird aber schnell deutlich, dass unter Berücksichtigung des Faktors soziale Herkunft und der damit verbundenen Bildungsabschlüsse und Bildungschancen deutliche Unterschiede bei der Bewertung der eigenen Zukunft zu erkennen sind. Von den Jugendlichen ohne Schul- bzw. mit Hauptschulabschluss sieht mehr als jeder Zweite die eigene Zukunft ängstlich, pessimistisch oder resigniert. Dass dies leider eine sehr realistische Einschätzung ist, belegt die Tatsache, dass etwa die Hälfte der jungen Erwachsenen zwischen 14 und 34 Jahren mit einem Hauptschulabschluss bereits länger als sechs Monate am Stück arbeitslos waren.

Gleichzeitig sinkt das Vertrauen dieser jungen Menschen in die institutionelle Politik deutlich. Den etablierten Parteien und Regierungen wird es scheinbar nicht mehr zugetraut, glaubhaft für ihre Interessen, für eine zukunftsweisende Jugendpolitik und für die Lebens- und Arbeitsbedingungen Jugendlicher einzutreten. In einer alternden Gesellschaft mit einer drastischen demografischen Entwicklung spürt die junge Generation offenkundig sehr genau, dass Parteien und Regierungen ihre Politik mehr nach Wählerpotenzialen als nach den Interessen der jungen Generation ausrichten.

Die Gewerkschaftsjugend im Deutschen Gewerkschaftsbund als ein von Parteien unabhängiger Jugendverband stellt sich dieser Herausforderung und übernimmt Verantwortung für die Entwicklung und Situation der jungen Generation. In den Betrieben und Verwaltungen, in den Berufsschulen und Universitäten ist die Gewerkschaftsjugend Sprachrohr und Interessensvertretung der Jugendlichen und steht mit ihnen in einem ständigen und unmittelbaren Dialog. Durch die Beteiligung an Aktionen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit spüren viele Jugendliche so zum ersten Mal in ihrem Leben, was es bedeutet, sich für seine eigenen Interessen, die Interessen der Belegschaft und der Gesellschaft einzusetzen und zu engagieren.



**Die junge Generation und Gewerkschaften
Hierarchisch, überaltert,
zukunfts-fähig und gestaltend**

Nur durch eine starke laute Stimme der Jugend, die deutlich macht, dass sie sich mit ihrer Situation nicht weiter abfinden wird, kann es zu einer Veränderung der Rahmenbedingungen kommen. Dafür bedarf es der Aktivierung der jungen Generation in ihren Lebens- und Arbeitskontexten. Und hierzu brauchen wir die Unterstützung starker und durchsetzungsfähiger Gewerkschaften, die durch ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Einfluss gemeinsam mit den Jugendlichen für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten.

Die Voraussetzungen für Gewerkschaften, dabei eine aktive und führende Rolle zu übernehmen, sind gut: Mehr als 60 Prozent zwischen 18 und 24 Jahren finden Gewerkschaften und Betriebsräte wichtiger denn je. Im Gegensatz zu Politik, Parteien, Kirchen, Banken und großen Wirtschaftsunternehmen haben sie ein solides Vertrauen zu Gewerkschaften. Aber: Das heißt noch lange nicht, dass junge Menschen auch Mitglied einer Gewerkschaft werden. Es gelingt scheinbar noch nicht, die Attraktivität, die Angebote und die Beteiligungsmöglichkeiten auf die veränderten Ansprüche und Anforderungen der jungen Generation auszurichten und Gewerkschaften als geeigneten Partner zur Verbesserung ihrer persönlichen Situation wahrzunehmen.

Wollen Gewerkschaften attraktiver werden und die junge Generation bei ihrem notwendigen Protest begleiten und unterstützen, bedarf es einer schonungslosen, ehrlichen und selbstkritischen Bilanz der eigenen Organisationen. Die intensive Auseinandersetzung mit der Überalterung der Organisation, die Verbesserung der Ansprache junger Zielgruppen und der öffentlichen Wahrnehmung sind zwingend notwendig.

Für die junge Generation sind nicht die großen Vorsitzenden im Vorstand die Repräsentanten der Gewerkschaft. Für die Auszubildenden und jungen Beschäftigten sind die neu gewählte junge Betriebsrätin, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und nicht zuletzt die KollegInnen der Vertrauensleute das Gesicht der Ge-

werkschaft im Betrieb. Denn dort, im Betrieb, findet Organisation und Mobilisierung entlang der Themen und Probleme der Jugendlichen statt. Dort werden die konkreten Möglichkeiten zum persönlichen Engagement greifbar und dort muss sich Gewerkschaftsarbeit auf die Interessenlagen und Bedürfnisse der jungen Generation ausrichten.

Hier bedarf es in den Gewerkschaften auch einer Diskussion über niedrige Zugangs- und temporäre Beteiligungsmöglichkeiten. Denn Jugendliche wollen ernst genommen werden mit ihren persönlichen Themen und ihrer Individualität – als vielseitig interessierte, heterogene Gruppe. Eine differenzierte und professionelle Ansprache wird dabei durch die Jugendlichen vorausgesetzt, und Dialoge auf Augenhöhe, entlang von persönlich relevanten Themen werden erwartet.

Nur mit Neugier für neue Trends, für die Codes der Jugend sowie mit einer Offenheit für neue Formen der Beteiligung wird die junge Generation für Gewerkschaften zu gewinnen sein. Wenn dies gelingt, stehen die glaubwürdigsten Multiplikatoren für die Beteiligung an einer breiten gewerkschaftlichen Bewegung ein – die jungen Mitglieder selbst.

Positiv festzustellen ist, dass dieser Prozess in vielen DGB-Gewerkschaften bereits begonnen hat. Und die junge Generation nicht nur aus reinem Selbstzweck heraus mobilisiert und gezielt auf Mitgliedschaften angesprochen wird, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass ohne sie eine glaubwürdige Gestaltung von Politik nicht möglich ist. Denn nicht alleine die Jugendarbeit der Gewerkschaften muss sich maßgeblich verändern, sondern die Organisationen selbst mit ihren Strukturen, ihrer Betriebs- und Tarifpolitik und ihrer Wirkung auf junge Menschen insgesamt.

Als eine Kampagne, mit der dies gut gelungen ist, kann »Operation Übernahme« genannt werden. Diese Kampagne der IG Metall Jugend ist klar auf ein Thema zugespielt, das die Jugendlichen als äußerst wichtig und persönlich relevant einstufen: Die unbefristete Übernahme in den Beruf nach der Ausbildung und die damit einhergehende Zukunftsperspektive. Sowohl bei den gewerkschaftli-

chen Kernthemen, als auch bei der Durchsetzung guter Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Betrieb bieten sich hervorragende Anknüpfungsmöglichkeiten, jugendspezifische Bedürfnisse und Anforderungen im Dialog zu identifizieren und die Stärke der Gewerkschaften herauszuarbeiten.

Ein anderes Beispiel ist die Kampagne der DGB-Jugend rund um die »Generation Praktikum«. Als im Rahmen einer Studie deutlich wurde, dass jeder dritte Jugendliche nach Abschluss von Studium oder Ausbildung ein Praktikum absolvieren muss und über die Hälfte dafür nicht bezahlt wird, ist die DGB-Jugend gemeinsam mit PraktikantInnen aktiv geworden. Sehr schnell wurde durch pressewirksame Aktionen eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit und Politik erreicht. Mit mehr als 120.000 Unterschriften für eine Petition gegen die Ausbeutung von PraktikantInnen im Rücken hat eine breite Debatte in der Politik begonnen und es wurden konkrete Vorschläge für gesetzliche Änderungen entwickelt. In der Wirtschaft ist heute eine Sensibilität im Umgang mit dieser Form der Beschäftigung zu erkennen.

Insgesamt müssen sich die Gewerkschaften dennoch kritisch mit ihren Aktions- und Protestformen auseinandersetzen. Ob die Aktivitäten und Veranstaltungen des DGB und seiner Mitglieds-gewerkschaften aus Sicht der Jugend immer zur Teilnahme und Aktivierung motivieren, darf bezweifelt werden. Gewerkschaftliche Anlässe, wie der 1. Mai als »der Tag« aller ArbeitnehmerInnen, müssen neu gedacht werden. Info- und Bratwurststände und die stundenlange Beschallung durch Reden wechselnder Funktionäre lösen wirklich nur bei den allerwenigsten Jugendlichen große Begeisterungstürme aus.

Aber durch eine konsequente Berücksichtigung der Problemlagen und persönlichen Bedürfnisse der Jugendlichen unter Einbeziehung von kulturellen Trends und individuellem Lifestyle lässt sich die Attraktivität erhöhen. Dafür gibt es weitere gute Beispiele: So zogen mehr als 50.000 Teilnehmer aus der ganzen Republik bei der Job-Parade der DGB-Jugend an mehreren Jahren hintereinander durch die Schweriner Innenstadt. Mit politischen Botschaften und dekorierten Lastkraftwagen luden Diskjockeys über Lautsprecher zum Tanzen ein. Viele Jugendliche haben hier zusammen mit den

Initiatoren der Parade kreativ und lautstark auf die schlechte Ausbildungssituation und die Abwanderungsproblematik gerade von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam gemacht. Hier wurde die Jugend erreicht: Entlang ihres Themas und mit ihrem Medium. Durch diese Aktion kamen viele Jugendliche zum ersten Mal mit Gewerkschaft in Verbindung, lernten ihren politischen, gesellschaftlichen Protest kreativ zu kanalisieren und erhielten konkrete Tipps und Unterstützung bei der Jobsuche. An diesem Beispiel zeigt sich auf einfache, aber beeindruckende Art und Weise, wie Mobilisierung und Aktivierung in Rücksicht auf die Bedürfnisse von jungen Menschen möglich ist. Ob diese Form der Mobilisierung auch heute noch die passende ist, kann diskutiert werden. Aber unsere Aufgabe bleibt bestehen. Wir müssen uns immer wieder mit aktuellen Trends und zeitgemäßen Protestformen auseinandersetzen.

Jugend in Bewegung Vernetzt, im Dialog, auf Augenhöhe

Wir erleben gerade einige grundlegende Veränderungen. Im Frühling des Jahres 2011 demonstrieren über 250.000 Menschen unter dem Motto »Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten!« gegen die deutsche Atompolitik. Und die VeranstalterInnen sprechen von den größten Anti-AKW-Protesten aller Zeiten. In Stuttgart wird der Bau eines neuen Bahnhofs zum polarisierenden Protestgegenstand. Bis heute strömen die krisensensibilisierten Stuttgarter »Wutbürger« in einem breiten, so noch nie gesehenen Protest-Bündnis aus der Mitte der Gesellschaft für ihre Bedürfnisse auf die Straße und in die Parks.

Trotz des unterschiedlichen Charakters dieser beiden Anlässe wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass diese Proteste zu einem großen Teil von der jungen Generation getragen werden. Diesen Eindruck gewinnt man vor Ort und vor allem durch die mediale Berichterstattung. Denn bei allem Ernst in der Sache geht diese Generation mit Spaß und Kreativität an ihre Themen heran. So verschafft sie sich Gehör bei den Medien und in der Öffentlichkeit, zeigt ihren Mut und ihre Entschlossenheit, für wichtige Themen



einzustehen, und erreicht letztlich sogar Veränderungen in der Politik – wie der Wahlausgang in Baden-Württemberg eindrucksvoll unter Beweis stellt.

Diese Bereitschaft, sich für seine persönlichen Bedürfnisse und gesellschaftlich wichtige Themen zu engagieren, geht zudem einher mit den vielfältigen Möglichkeiten des Internets und Social Media zur breiten Vernetzung sowie Kommunikation, Information, Koordination und Teilhabe in Echtzeit. Was für politisch aktive Menschen (auch ohne große Organisation im Rücken) niedrigschwellige Möglichkeiten bietet, ihren Protest auf die Straße, in die Betriebe und in die Öffentlichkeit zu bringen. Aktionen werden spontan geplant, eine Vielzahl von Aktiven angesprochen und mobilisiert – zu den ihnen wichtigen Themen. Es bedarf nur eines persönlich gefühlten Anlasses und relevanten Aufschaukelns im Social Web.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat die Gewerkschaftsjugend im Deutschen Gewerkschaftsbund eine Initiative entwickelt, mit der sie sich direkt an die junge Generation richtet. Die Initiative steht unter dem Motto und der Frage: »Wie willst du leben?«, und es gilt der Grundsatz, nicht über die Jugendlichen zu reden, sondern mit ihnen. Dabei stehen gerade auch Jugendliche im Fokus, zu denen die Gewerkschaftsjugend bisher eher keinen unmittelbaren Kontakt hat. Die Gewerkschaftsjugend setzt Impulse, sich mit seinem Leben und den so genannten Begleitumständen auseinanderzusetzen. Daneben wird im Rahmen der Initiative die Vernetzung mit Jugendorganisationen, Verbänden und Interessensgemeinschaften vertieft und entlang einzelner Aktionen konkrete Erfahrungen zur Zusammenarbeit und Kooperation ermöglicht. So werden die Themen, Lebensrealitäten und Vorstellungen der jungen Generation weiter in den Fokus von Gesellschaft und Politik gerückt.

Das Motto und die Frage der Jugend-Initiative: Wie willst du leben? ist nicht nur Motto, sondern auch Programm: Mit dem Ziel, über die Antworten der jungen Generation eine gemeinsame Idee von den Vorstellungen der Jugendlichen, der Lebenswirklichkeit und den subjektiven Problemen fernab jeder Studie zu erhalten. Und die Initiative bietet eine gemeinsame Plattform, auf der sich

Jugendliche miteinander austauschen können, zu den Fragen: »Wie will ich arbeiten?«, »Wie stelle ich mir meine Bildung vor?«, und »in welcher Gesellschaft will ich eigentlich zukünftig leben?«. Die Initiative ist dabei stark beteiligungsorientiert. Sie lebt vom Zuhören, vom Aufnehmen und vom Testen und Einsetzen neuer flexibler Beteiligungsformen. Sie ist so offen angelegt, dass sich alle Interessierten, ob SchülerInnen, Studierende, Auszubildende und junge Beschäftigte, auf unterschiedlichen Ebenen begegnen und beteiligen können. Sie ist darüber hinaus stark onlineorientiert und verknüpft mit den sozialen Netzwerken.

Will die Gewerkschaftsjugend im Sinne einer jugendgerechten und zukunftsorientierten Politik wahrnehmbarer und durchsetzungsfähiger werden, muss sie sich aber auch noch weiter in politischen gesellschaftlichen Bündnissen engagieren. So finden im Rahmen der Initiative Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen mit sozialen Bewegungen, Jugendorganisationen, Jugendverbänden und Interessengemeinschaften statt. Ansatzpunkte sind die Anliegen der jungen Generation und die sich daraus ableitenden Zukunftsthemen aus den Bereichen: Arbeit, Bildung und Freiheit. Inhaltliche Schnittstellen zwischen den Beteiligten werden identifiziert und diskutiert und mögliche gemeinsam getragene Aktivitäten und Aktionen verabredet. Dabei wird in regionalen Dialogwerkstätten (mit Teilnehmern aus den unterschiedlichsten Bereichen) ein bundesweiter, offener Diskussionsprozess organisiert.

Das Ziel dieses Prozesses ist es, entlang einer klaren Analyse und Einschätzung der aktuellen Situation und unserer Möglichkeiten, einen gemeinsamen Grundkonsens über die Gesellschaft, in der wir lernen, leben und arbeiten wollen, zu erarbeiten. Dabei werden gemeinsame Verabredungen getroffen über zukünftige Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten. Wie im Dialog mit der jungen Generation gilt auch hier der Grundsatz, auf gleicher Augenhöhe miteinander zu arbeiten und die unterschiedlichen inhaltlichen Kompetenzen und organisatorischen Voraussetzungen zu nutzen.

So trägt uns die Vision, gemeinsam mit vielen Partnern als Teil einer starken und lauten Jugendbewegung selbstbewusst die Mobilisierung der jungen Generation weiter zu unterstützen. Wir wollen mit unseren Zielen und unserer Offenheit Beteiligung ermögli-

chen und damit ein wichtiger Multiplikator werden für weitere mutige, offene und transparente politische und betriebliche Auseinandersetzungen.

www.wie-willst-du-leben.de



René Rudolf ist Bundesjugendsekretär beim Deutschen Gewerkschaftsbund und leitet die Abteilung »Jugend und Jugendpolitik« beim DGB-Bundesvorstand. Er ist 1975 in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) geboren und lebt und arbeitet in Berlin. Als Verantwortlicher der gewerkschaftlichen Jugend-Initiative »Wie wollen wir leben?« ist er überzeugt, dass konsequente Beteiligung, inhaltlicher Dialog und Bündnisse auf Augenhöhe ein Garant für politische Durchsetzungsfähigkeit und zukunftsfähige Gewerkschaften sind.

Gemeinsam stark

**Gewerkschaftsjugend
braucht gesellschaftspolitische
Bündnisse**

von Ringo Bischoff / Jan Duscheck

»Die Macht
ist nicht etwas, was man
erwirbt, wegnimmt,
teilt, was man bewahrt
oder verliert;
die Macht ist etwas, was
sich von unzähligen
Punkten aus und im Spiel
ungleicher und
beweglicher Beziehungen
vollzieht.«

— Michel Foucault

20.000 Menschen haben sich im Februar 2011 in Dresden quer gestellt. Gemeinsam haben wir es geschafft, den europaweit größten Nazi-Aufmarsch zu verhindern – zum zweiten Mal in Folge. Diese 20.000 Menschen kamen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Viele haben eine stundenlange An- und Abreise in Kauf genommen. Sie haben der Kälte, dem Schnee und den Drohungen durch die Behörden im Vorfeld getrotzt. Sie haben Position bezogen, sich auf die Straßen gesetzt, gepfeifen, geschrien, getrommelt und getanzt. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Spektren: Von autonomen Antifa-Gruppen über Jugendverbände, NS-Opfervereinigungen, Künstler/-innen, Musiker/-innen, Bürgerinitiativen, unendlich vielen Einzelpersonen bis hin zu Gewerkschaften und Parteien reichte die Bandbreite des Protestes. Und wir haben gewonnen. Weil wir uns geeinigt haben. Geeinigt darauf, gemeinsam aufzustehen und Flagge zu zeigen. Geeinigt darauf, uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, sondern zusammen zu handeln.

Mitten ins Leben gehen

Kein Zweifel, die deutschen Gewerkschaften haben in den letzten beiden Jahrzehnten empfindlich an gesellschaftlichem Einfluss und ökonomischer Durchsetzungsfähigkeit eingebüßt. Unsere politische Gestaltungskraft ist ebenso im Schwund begriffen, wie es unsere Mitgliederzahlen sind. So sehr die Menschen in Umfragen auch die Notwendigkeit von starken Gewerkschaften bejahen, den letzten Schritt zur persönlichen Mitgliedschaft vollziehen sie oft nicht.

Dieser politische, ökonomische und gesellschaftliche Bedeutungsrückgang hängt mit weitreichenden gesellschaftlichen Umbrüchen zusammen, auf die wir als Gewerkschaften bisher nicht in ausreichendem Maß reagiert haben: Das korporatistische System der alten Bundesrepublik, das auf der Aushandlung sozialer Kompromisse zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern beruhte, ist seit etlichen Jahren in Auflösung begriffen. Dieses System sicherte den Gewerkschaften zwar gewisse institutionell verankerte Mitbestimmungsmöglichkeiten, förderte aber auch ihre Transformation in unbewegliche, bürokratische Apparate. Eine Aktivierung und Beteiligung der eigenen Basis fand kaum statt, umkämpfte Tarifrunden waren die absolute Ausnahme. Vorherrschend war ein Handlungsmuster, das sich auf sozialpartnerschaftliche Einigungsprozesse mit Arbeitgebern und Staat ausrichtete. Folgerichtig war die mit Abstand bedeutendste »Aktionsform« die Sitzung.

Verwundert es wirklich, wenn heute die junge Generation Gewerkschaften skeptisch gegenüber steht? Das hat nichts mit politischem Desinteresse zu tun. Im Gegenteil: Die junge Generation möchte sich für ihre Belange aktiv einsetzen und sie tut dies auch – in Initiativen, bei denen sie den Eindruck hat, unmittelbar etwas bewegen zu können. Jugendliche sind bei Anti-Nazi-Demos genauso dabei wie bei den Protesten zur Krisenpolitik der Regierung, bei der Blockade des Castor-Transports ebenso wie im Bildungsstreik.

Gewerkschaftsjugend muss sich weiterentwickeln, will sie den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht und für die junge Generation attraktiver werden. Moderne gewerkschaft-

liche Jugendarbeit braucht Offenheit, Anschlussfähigkeit und neue Politik- und Aktionsformen. Überkommene bürokratische Handlungsmuster gilt es über Bord zu werfen und eine lebendige Bewegungskultur in die eigene Organisation zu tragen.

Moderne gewerkschaftliche Jugendarbeit

Die Arbeit der ver.di Jugend lässt sich bildlich am besten mit drei Säulen beschreiben: Die klassische Tarifarbeit als erste Säule spielt eine wichtige Rolle, um Auszubildende und junge Beschäftigte in Anknüpfung an ihre eigenen Interessen zu aktivieren und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation zu verbessern. Eine zweite Säule ist die gewerkschaftliche Betriebsarbeit. Sie muss künftig noch stärker ausgebaut werden, um Gewerkschaft im Betrieb für die Beschäftigten wieder mehr erlebbar zu machen und die Aktionsfähigkeit von Gewerkschaften zu stärken. Organizing und bedingungsgebundene Betriebsarbeit bieten hier mit ihren beteiligungsorientierten Instrumenten einen vielversprechenden Ansatz.

Eine dritte Säule ist das gesellschaftspolitische Engagement. Hier können wir als Gewerkschaftsjugend zeigen, dass wir nicht nur die Interessenvertretung der Auszubildenden und jungen Beschäftigten sind, sondern der jungen Generation überhaupt – der Schülerin genauso wie des Hartz IV-Empfängers, der alleinerziehenden Mini-Jobberin ebenso wie des Studierenden, des scheinselfständigen Kreativen genauso wie des Leiharbeiters oder der Leiharbeiterin. Erst das gesellschaftspolitische Feld macht uns zu einem Akteur mit gesamtgesellschaftlichem Gestaltungsanspruch. Gerade weil wir die junge Generation nicht nur auf der Grundlage von kurzlebigen Kosten-Nutzen-Rechnungen für eine Mitgliedschaft gewinnen, sondern eine nachhaltige identitätsstiftende Bindung erreichen wollen, müssen wir ihnen mit attraktiven gesellschaftlichen Themen eine politische Heimat bieten, mit der sie sich identifizieren können.

Bei diesem Modell gewerkschaftlicher Jugendarbeit gilt es zwei Dinge zu beachten:

- Die drei Säulen Betriebspolitik, Tarifpolitik und Gesellschaftspolitik müssen sich in einem Gleichgewicht befinden. Eine Gewerkschaftsjugend, die beispielsweise auf Kosten eines starken gesellschaftspolitischen Engagements ihr betriebliches Standbein vernachlässigt, sägt an dem Ast, auf dem sie selbst sitzt. Denn ohne ihre betriebliche Machtbasis droht ihr auch gesellschaftspolitisch die Bedeutungslosigkeit. Erst durch die betriebliche Verankerung werden unsere Kampagnen und Initiativen erfolgreich und gesellschaftspolitisch wirksam. Umgekehrt verliert eine Gewerkschaftsjugend, die sich zu sehr auf die betriebliche Arbeit konzentriert, rasch den Blick über den Tellerrand.
- Wenn immer möglich sollten die drei Säulen nicht als voneinander abgekoppelte Arbeitsfelder behandelt, sondern thematisch miteinander verzahnt werden. Bei genauer Betrachtung wird man feststellen, dass es für die meisten gewerkschaftlichen Themen Anknüpfungspunkte auf allen drei Ebenen gibt – ob es sich nun um Ausbildungsqualität, Vergütung, Übernahme, Weiterbildung oder Arbeitszeit u.v.m. handelt. Gerade durch die themenorientierte Verzahnung der drei Handlungsebenen werden Synergie-Effekte möglich, die Gewerkschaftsjugend als lebendige, aktive Interessenvertretung der jungen Generation erfahrbar machen.

Wirkungsmächtigkeit durch Bündnisarbeit

Mit der Gesellschaftspolitik begeben sich Gewerkschaften auf ein Feld, auf dem ihnen die betriebliche Machtbasis nur begrenzt weiterhilft. Durchsetzungsfähigkeit können sie nur in politischen Bündnissen mit anderen Organisationen und Initiativen entwickeln. Will die Gewerkschaftsjugend ihr Engagement in diesem Bereich bewusst zu einem dritten Standbein entwickeln, setzt dies den strategischen Ausbau der Bündnisarbeit voraus. Dies würde zahlreiche Vorteile mit sich bringen:

1. Konkrete Ziele erreichen
Machen wir uns nichts vor: Die Gewerkschaftsjugend wäre für sich genommen nicht stark genug, um zum Beispiel einen größeren Naziaufmarsch allein zu verhindern. Unsere Chancen, die gesteckten Ziele zu erreichen, sind in einem Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften um ein Vielfaches größer.



2. Öffentliche Diskussionen zu gesellschaftlich relevanten Themen mitprägen
Nur wer sich einmischt, findet Gehör! Will Gewerkschaftsjugend Einfluss nehmen auf wichtige Diskussionen und mehr Akzeptanz für die eigenen Positionen schaffen, muss sie in diesem politischen Feld auch stärker aktiv werden und den Austausch mit anderen Akteuren suchen.
3. Öffentliche Wahrnehmung von Gewerkschaftsjugend erhöhen
Durch Zusammenarbeit und Austausch mit sozialen Bewegungen, Organisationen und Initiativen wird die Gewerkschaftsjugend außerhalb des eigenen Milieus als Akteur stärker wahrgenommen. Dies würde nicht zuletzt einen deutlichen Imagegewinn bedeuten.
4. Eigene Basis aktivieren und beteiligen
Außerhalb von Tarifrunden sehen junge Mitglieder kaum Gelegenheiten, bei Aktionen ihrer Gewerkschaftsjugend mitzumachen. Themenorientierte und zeitlich begrenzte Beteiligungsangebote, die nicht gleich eine Einbindung in gewerkschaftliche Gremien voraussetzen, sind bei der Gewerkschaftsjugend noch immer zu dünn gesät. Gesellschaftspolitische Aktionen innerhalb eines Bündnisses bieten dagegen unseren jungen Mitgliedern branchenübergreifend die Gelegenheit, gemeinsam aktiv zu werden.
5. Kampagnenfähigkeit verstärken
Auch wenn der Begriff »Kampagne« innerhalb von Gewerkschaften schon fast inflationär verwendet wird, fehlt es häufig an Kompetenzen in puncto professioneller Kampagnenführung. Zu oft erscheinen gewerkschaftliche Kampagnen konzeptionslos und tröpfeln ohne erkennbare Dramaturgie vor sich hin, ohne jemals den notwendigen öffentlichen Druck aufzubauen. In dieser Hinsicht können junge Gewerkschafter/-innen von potenziellen Bündnispartnern lernen.
6. Fehleinschätzungen korrigieren
Die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern aus anderen politischen Spektren hilft, den eigenen Horizont zu erweitern. Beispielsweise sind die deutschen Gewerkschaften, die noch immer zum überwiegenden Teil in einem nationalstaatlichen Handlungsrahmen agieren, durchaus anfällig für eine neoliberale Standortlogik. Hier könnte der Austausch und die Zusammenarbeit mit international tätigen Initia-

tiven und Organisationen wie z.B. der Kampagne für saubere Kleidung oder dem Projekt »PC global« hilfreich sein, den Kampf um faire Arbeitsbedingungen in größerem Rahmen anzugehen.

Gewerkschaftliche Stärken in der Bündnisarbeit

Selbstverständlich muss diese Frage aber auch umgekehrt beantwortet werden: Was kann eine Gewerkschaftsjugend denn Gewinnbringendes in die Bündnisarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einbringen? Warum sollten soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die das Einmaleins von öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Kampagnen in der Regel besser beherrschen, überhaupt ein Interesse an einer Kooperation mit Gewerkschaftsapparaten haben?

Die konstruktive Rolle von Gewerkschaften in politischen Bündnissen sollte man nicht unterschätzen: Zum einen können sie oft notwendige Ressourcen bereitstellen, die ein Bündnis für eine effektive politische Arbeit und wirksame Aktionen benötigt (Material, Räumlichkeiten, Technik etc.). Dabei erweisen sich oft auch ihre flächendeckenden Strukturen als sehr hilfreich. Zum anderen können Gewerkschaften für politische Bündnisse wertvolle Türöffner sein: Sie werden als spezialisierte Gesprächspartner bei Politik und Verwaltungen anerkannt und ernst genommen. Und sie verfügen oft über die richtigen Kontakte zu politischen Parteien, um einem Bündnis den Weg zu ebnen und Protestveranstaltungen überhaupt erst zu ermöglichen.

Leitbild autonome Kooperation

Die Frage, die sich für eine Gewerkschaftsjugend hier stellt: Mit welchen Gruppen, Initiativen, Organisationen und Bewegungen können wir uns eigentlich eine Zusammenarbeit im Bündnis vorstellen? Welche Messlatte wollen wir bei potenziellen Bündnispartnern/-innen anlegen? Es ist schwer, wenn nicht gar unmöglich, diese Frage pauschal zu beantworten, ohne einen Blick auf die real han-

delnden Akteure oder die politische Kultur vor Ort werfen zu können. Doch spielen in diesem Zusammenhang sicherlich auch Kriterien wie eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die Zuverlässigkeit bei getroffenen Absprachen eine große Rolle.

Denn oft gibt es in Bündnissen Vorbehalte, dass insbesondere Großorganisationen wie ver.di zu viel Raum einnehmen oder das Bündnis in der Außenwirkung dominieren könnten. Es ist nicht zu leugnen: In Bündnissen existiert ein Spannungsfeld zwischen einerseits der Notwendigkeit, für eine erfolgreiche Arbeit die Bündnispartner/-innen umfangreich zu informieren und zu unterstützen, und andererseits dem berechtigten Interesse der eigenen Organisation, für eine möglichst öffentlichkeits- und imagewirksame Darstellung der eigenen Arbeit zu sorgen. Damit dieses Spannungsfeld ein Bündnis über kurz oder lang nicht sprengt, sind klare Absprachen notwendig, die von allen beteiligten Gruppen auch eingehalten werden.

In jedem Fall sollte die Entscheidung über eine Zusammenarbeit in Bündnissen – besonders wenn es sich um eine punktuelle Kooperation handelt – nicht nach ideologischen Vorgaben, sondern pragmatisch getroffen werden. Ein zu großer Vereinheitlichungsanspruch der beteiligten Initiativen und Organisationen verkompliziert Bündnisarbeit unnötig oder verhindert sie sogar im schlimmsten Fall. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass gerade anfangs erfolgreiche Bündnisse ihre Arbeit thematisch schnell ausweiten und sich dabei in einer Vielzahl von Themen verlieren beziehungsweise unnötiges Konfliktpotenzial aufgebaut wird. Hier sollte in jedem Einzelfall genau geprüft werden, ob eine thematische Erweiterung der ursprünglichen Zielsetzung und dem Charakter des Bündnisses entspricht.

Leitbild für eine nachhaltige Bündnisarbeit sollte das Prinzip einer autonomen Kooperation sein, bei der gemeinsam ein klar abgestecktes, konkretes politisches Ziel verfolgt, dabei aber die Unterschiedlichkeit des politisch-kulturellen Hintergrunds anerkannt wird. Eine Kultur der wechselseitigen Toleranz und Akzeptanz muss deshalb nicht bedeuten, dass man sich jeglicher Kritik gegenüber den Bündnispartner/-innen enthalten muss. So sind beispielsweise die Kirchen in Deutschland alles andere als vorbildliche Arbeitgeber und werden von ver.di zu Recht wegen miserabler Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiter/-innen kritisiert. Beim Thema Verbot von

Sonntagsarbeit können sie deshalb trotzdem wertvolle Bündnispartner/-innen sein. Ebenso gut wäre es vorstellbar, dass die ver.di Jugend an einer Initiative gegen den Abbau demokratischer Grundrechte und für einen besseren Datenschutz gemeinsam mit liberalen Kräften beteiligt ist – was nicht hieße, dass wir bei unserer Grundsatzkritik an liberalen Wirtschaftstheorien irgendwelche Abstriche machen würden.

Mehr Konsequenz wagen!

Eine derart pragmatisch-ungezwungene Herangehensweise eröffnet der Gewerkschaftsjugend einen großen Handlungsspielraum. Wütende Reaktionen der politischen Gegenseite bleiben dabei nicht aus. So musste sich die ver.di Jugend im Zusammenhang mit Anti-Nazi-Bündnissen den Vorwurf gefallen lassen, sie mache mit dem »schwarzen Block« gemeinsame Sache. Derartige Klischeevorstellungen von antifaschistischem Widerstand werden gern aus der Mottenkiste geholt, wenn es darum geht, politisch unliebsame Bündnisse in eine gesellschaftliche Außenseiterposition zu drängen. Nichts wäre der politischen Gegenseite lieber, als dass wir uns in vorseilendem Gehorsam von unseren Bündnispartnern distanzieren. Hier gilt es, in Sachen Krisenkommunikation entsprechend vorbereitet zu sein, um im Ernstfall souverän und mit kühlem Kopf reagieren zu können.

Klar sein sollte uns allerdings auch, dass die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen bedeutet, sich in manchen Situationen auf Politik- und Aktionsformen einzulassen, deren Legalität zumindest umstritten ist. Für eine Gewerkschaftsjugend, die – auch im internationalen Vergleich – überaus stark auf einen engen rechtlichen Rahmen fixiert war, ist dies ein großer Schritt. Indem nicht länger die Legalität der gewählten Aktionsformen, sondern ihre Legitimität den Handlungsrahmen festlegt, betritt die Gewerkschaftsjugend an einzelnen Punkten eine rechtliche Grauzone.

Die Blockade eines Naziaufmarsches oder eines Atommülltransportes beispielsweise überschreitet vielleicht die Grenzen des rein Legalen. Doch in einem politischen Umfeld, in dem die geistigen

Nachfahren von millionenfachen Massenmördern mit behördlicher Genehmigung aufmarschieren dürfen oder eine mächtige Wirtschaftslobby aus Profitgründen die Gesundheit vieler Generationen in unüberschaubarem Ausmaß aufs Spiel setzen darf, ist ziviler Ungehorsam mit Sicherheit nicht nur legitim, sondern auch geboten. Soziale Bewegungen haben dies schon seit längerem erkannt – und nicht zuletzt diese ethisch begründete Entschiedenheit macht sie für die junge Generation so attraktiv. Dementsprechend sollte auch für die Gewerkschaftsjugend das Motto lauten: »Mehr Konsequenz wagen!«

Ansätze einer Gegenbewegung

Die bisherigen Erfahrungen der ver.di Jugend mit strategischer Bündnisarbeit im gesellschaftspolitischen Bereich sind sehr ermutigend: In den letzten Jahren engagierten wir uns zum Beispiel in den Bündnissen »Dresden-Nazifrei«, »1. Mai-Nazifrei«, dem Bündnis gegen Stuttgart 21, bei Bündnissen rund um die Proteste zur Wirtschaftskrise, dem Bildungsstreikbündnis und einer Vielzahl weiterer regionaler Bündnisse. Die ver.di Jugend genießt bei ihren Bündnispartnern/-innen – Schülerinitiativen, Studierendenvereinigungen, Partijugendverbänden, aber auch Antifa-Gruppen – großes Vertrauen. In den meisten Fällen konnten die selbst gesteckten Ziele erreicht und die Positionen der ver.di Jugend medienwirksam verbreitet werden. Darauf wollen wir aufbauen.

Bisher hatte die Bündnisarbeit mit den beteiligten Gruppen, Initiativen und Organisationen immer nur temporären Charakter. Im nächsten Schritt kommt es darauf an, die Zusammenarbeit mit bewährten Bündnispartnern/-innen kontinuierlicher zu gestalten und darüber ein Netzwerk von politischen Akteuren aufzubauen, das auch für weitere Themen jederzeit aktiviert werden kann.

Man muss kein großer Prophet sein, um vorauszusagen, dass die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Zumutungen im Rahmen eines labiler werdenden kapitalistischen Systems in den nächsten Jahren eher noch zunehmen. Wenn wir dem etwas entgegenzusetzen wollen, muss es unser Ziel sein, all jene Kräfte zu bündeln,

deren Interessen in diesem System unterzugehen drohen: von den Gewerkschaften bis zu engagierten Intellektuellen und Kulturlinken, von Nichtregierungsorganisationen bis zu einzelnen Partijugendverbänden, von der globalisierungskritischen Bewegung bis zu sozialen Selbsthilfeinitiativen.

Eine derartige Gegenbewegung zusammenzuführen und zu einem handlungswilligen und fähigen Akteur aufzubauen, ist sicherlich ein ehrgeiziges und mutiges Unterfangen. Diesen Mut sollten wir aufbringen!



Ringo Bischoff, Jahrgang 1975, geboren in Wismar, heute wohnhaft in Berlin und ständig unterwegs. Der Weg in die Politik begann in der spannenden Zeit der friedlichen Revolution in der DDR. Von der Aufbruchstimmung und dem Willen zur Veränderung geprägt engagierte er sich in verschiedenen Jugendgruppen. Vor allem in der Antifa und der Gewerkschaftsjugend. Seit 2006 ist er Bundesjugendsekretär der ver.di. Sowohl in der täglichen Arbeit als auch bei Kampagnen ist ihm Beteiligung das wichtigste. Gerne im Bündnis mit Gleichgesinnten.



Jan Duscheck, Jahrgang 1984, geboren in Dresden (Sachsen), lebt und arbeitet heute in Berlin. Seine ersten politischen Erfahrungen sammelte er in der Antifaarbeit und in zahlreichen Kampagnen bei Nichtregierungsorganisationen. Seit 2008 arbeitet er als Gewerkschaftssekretär im Bereich Jugend der ver.di Bundesverwaltung. Für die ver.di Jugend engagierte er sich bei mehreren »Nazifrei«-Kampagnen in Dresden und Berlin. Bei Kampagnen setzt er auf breite Bündnisse und neue mutige Aktionsansätze.

Kein Gott kein Kaiser, kein Tribun

**Von der Stellvertreter-
zur Beteiligungsdemokratie**

von Eric Leiderer

»Keep
the pressure on.«

— Saul D. Alinsky

Seit 2007 beschäftigt sich die IG Metall inhaltlich und praktisch mit der Organizing-Strategie. So werden aktuelle gewerkschaftliche Mobilisierungskampagnen zunehmend bewusst auf die Erfolgsprinzipien Beteiligung und Konflikt hin entwickelt. Wie viel politische Energie ein Aktivierungsprozess freisetzen kann, wenn er konsequent auf Beteiligung setzt, erlebt insbesondere die IG Metall Jugend seit 2009 in ihrer Kampagne »Operation Übernahme«. Auf Basis dieser Erfahrungen beobachtet die IG Metall Jugend die aktuellen politischen Jugendproteste und außerparlamentarischen Bewegungen in ganz Europa sehr genau. Dabei kristallisiert sich seit Ende 2010 eine Analyse heraus, die von einigen als »Transformationshypothese« diskutiert wird. Im Kern dieser Überlegung steht die Einschätzung, dass wir – in Deutschland, in Europa, in der ganzen westlichen Welt und vielleicht gar darüber hinaus – an der Schwelle zu einer grundsätzlichen Transformation unseres demokratischen Systems stehen. Dass das Stellvertreter-Prinzip der repräsentativen Demokratie an seine geschichtlichen Legitimitäts-Grenzen stößt und ein neues, lebendiges, zukunftsfähigeres demokratisches Prinzip sich gesellschaftlich Bahn bricht: das Prinzip der Beteiligungsdemokratie. Diese Transformation hat historisches Format – und es könnte sein, dass der Umbruchprozess einer großen demokratischen Revolution gleichkommt, die gerade begonnen hat.

Gesellschaft im Umbruch Die Stellvertreterpolitik in der Glaubwürdigkeitskrise

»Demokratie ist eine Lebensweise und keine Formel, die man in Gelee konserviert.«
— Alinsky

Die Spaßgesellschaft, die in den vergangenen Jahren immer wieder für die vermeintliche Abkehr der Menschen von jeglicher politischer Auseinandersetzung verantwortlich gemacht wurde, hat sich in jüngster Zeit verdächtig rar gemacht. Auch die viel zitierte Rede von der Politikverdrossenheit war zuletzt immer seltener zu hören. Man spricht jetzt lieber – und richtiger – von Politiker- oder Parteienverdrossenheit. Selbst die über viele Jahre von Jugendforschern als egoistisch und politisch desinteressiert beschriebene Jugend interessiert sich laut Shell-Studie wieder mehr dafür, wie das gesellschaftliche Miteinander und die gemeinsame Zukunft besser organisiert werden könnten.

Der Zeitgeist scheint sich geändert zu haben, Politik ist wieder angesagt, ohne dass dies Auswirkungen auf das Ansehen der etablierten Parteien und ihrer Protagonisten hätte. Das Image der »politischen Klasse« befindet sich weiter im Sinkflug. Die Wahlbeteiligung scheint, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kontinuierlich zu sinken. Nachdem SPD und CDU über ein Viertel ihrer Mitglieder verloren haben und beide bei ungefähr einer halben Million Mitglieder dümpeln, erscheint der einstige Status der Volkspartei, die in der alltäglichen Kultur des Landes selbstverständlich verankert ist, ernsthaft bedroht.

Von der massenhaften Abwendung sind aber nicht nur die politischen Parteien betroffen, auch der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung trauen zwei Drittel der Menschen nicht über den Weg – trotz der millionenschweren Kapitalismus-Propaganda, die die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft seit vielen Jahren leistet.

Das System der alten Bundesrepublik, das zu wichtigen Entscheidungen stets einen Konsens mit allen gesellschaftlichen Akteuren suchte und insbesondere auf den Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit bedacht war, muss nach Jahren der Deregulierung und des Sozialabbaus als gescheitert betrachtet werden. Eine steigende Zahl von Menschen teilt das Gefühl, dass hinter einer komplizierten, institutio-

nalisierten und nur scheinbar demokratischen Fassade Entscheidungen an den Interessen der Bevölkerung vorbei getroffen werden, deren Profiteure stets diejenigen sind, die bereits an der Spitze stehen.

Das bedeutet nicht, dass das Prinzip der Demokratie in Frage gestellt ist – im Gegenteil. Es mag jedoch bedeuten, dass die Formen demokratischer Auseinandersetzung neu verhandelt werden müssen. Die enorme Zunahme an Konfliktherden, Bürgerinitiativen und Protestbewegungen, die wir in Deutschland und Europa seit einigen Jahren verzeichnen, zeigt, dass die Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung konkret einfordern. Von Stuttgart 21 über die Castor-Kundgebungen, die DatenschutzaktivistInnen im Netz bis zu der neuen Anti-AKW-Bewegung erstreckt sich eine breite Palette unzähliger Initiativen zu den unterschiedlichsten Themen, die sich nicht mehr damit zufrieden geben wollen, alle vier Jahre an der Wahlurne eine Partei zu wählen, die sich von den anderen nur noch in Nuancen unterscheidet.

Jugend in Bewegung Europaweite Proteste der jungen Generation

Zu sehen ist dies auch an den Protesten der SchülerInnen und StudentInnen, die seit einigen Jahren in ganz Europa gegen den so genannten Bologna-Prozess und gegen weitere Kürzungen im Bildungssektor demonstrieren – und jüngst gar die Parteizentrale der Konservativen in London stürmten. Hat die Gesamtgesellschaft schon allen Grund auf die Straße zu gehen, so lässt sich das von den Jungen erst recht sagen: Das früher gültige Versprechen, das jenen sozialen Aufstieg ermöglichte, die bereit sind, dafür zu arbeiten, hat seine Gültigkeit für die junge Generation verloren. Gut ein Drittel der unter 30-Jährigen steckt heute in prekären Jobs. Von der VolkswirtschaftlerIn über die MechatronikerIn bis zur LeiharbeiterIn: Eine ganze Generation findet sich in einer Situation wieder, in der ökonomisch verlässliche Zukunfts- und Lebensplanung ohne einstättliches Erbe weitgehend unmöglich geworden ist und der Zugang zu guter Bildung und guter Arbeit weitgehend von der Herkunft abhängt.

»Die Gefahr ist die Furcht vor der Zukunft.«
— Alinsky

In England, Frankreich, Griechenland und anderen europäischen Ländern führte die sozioökonomische Situation der jungen Generation bereits zu wiederholten massiven Protesten mit vielen hunderttausend TeilnehmerInnen, die zum Teil in Krawallen mit Sachbeschädigungen ausarteten. Es wäre naiv, zu glauben, dass so etwas in Deutschland unmöglich ist. Angesichts der drohenden Verteilungskämpfe in naher Zukunft kann auch bei uns das Fass überlaufen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Prognose von Klaus Hurrelmann, renommierter Jugendforscher und Leiter der Shell-Jugendstudie, sehr wahrscheinlich, der in einer großen Wochenzeitung eine Re-Politisierung der Jugend vorhersagt und erste Anzeichen dafür auch in der jüngsten Shell-Studie präsentiert. Das entspricht auch unseren Erfahrungen als IG Metall Jugend, besonders im Rahmen der Kampagne »Operation Übernahme«, wo wir eine im Vergleich zu früheren Jahren enorm gestiegene Bereitschaft zu Beteiligung und aktivem Engagement in den Betrieben und der Gesellschaft verzeichnen können.

Die Jungen wollen sich nicht mehr mit leeren Versprechen abspiesen lassen, sie glauben den Repräsentanten von Staat und Wirtschaft immer weniger und wollen, ja müssen ihre Zukunft unter den gegebenen Bedingungen selbst in die Hand nehmen. Weil sie zunehmend verstehen, dass dies niemand sonst für sie übernehmen wird. Gewerkschaften können diesen Prozess des »Dinge in die eigenen Hände nehmen« unterstützen – es ist der Ursprungsgedanke gewerkschaftlicher Selbstorganisation.

Chancen in der Krise Beteiligung gegen die Entfremdung

Seit mittlerweile über zwanzig Jahren jagt eine »Reform« die nächste und diktieren vermeintliche Sachzwänge der Politik den immer weiteren Abbau von staatlichen Leistungen. Privatisierung und Deregulierung, der faktische Rückgang der Kaufkraft und massenhafte prekäre Arbeit haben ein übriges getan, um gesellschaftliche Teilhabe für viele Menschen dramatisch zu erschweren. Die Angst vor dem sozialen Abstieg, welcher täglich in der Nachbarschaft beobachtet werden kann, ist in weiten Teilen der Gesellschaft verbrei-

»Die Trennung des Einzelnen vom allgemeinen sozialen Leben nagt an den Fundamenten der Demokratie.«
– Alinsky

tet. Das Diktat der Ökonomie umfasst inzwischen nahezu alle Bereiche gesellschaftlichen und individuellen Lebens und verstärkt den ohnehin schon hohen Druck, der auf dem Einzelnen lastet.

Zugleich gibt es eine Reihe drängender Fragen, die die Menschen bewegen und denen sich stellen muss, wer verantwortliche Politik betreiben möchte: In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie kann die Globalisierung gerecht gestaltet werden? Lässt sich die Ideologie wirtschaftlichen Wachstums mit dem weltweiten Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereinbaren? Wie lassen sich die Folgen des Klimawandels beherrschbar gestalten? Hier müssen auch Gewerkschaften in die Offensive gehen, ihre Ansätze auf den Prüfstand stellen und ihren Auftrag erweitern, wenn sie ihre Rolle als gesamtgesellschaftlich verantwortliche Akteure auch künftig überzeugend wahrnehmen wollen.

Parteien bleiben die Antworten auf diese Fragen weitgehend schuldig – und führen stattdessen Stellvertreter-Gefechte auf dem Rücken von Hartz-IV-EmpfängerInnen, benachteiligten Jugendlichen oder »Integrationsverweigerern«. In vielen europäischen Ländern ist die gegenwärtige Politik geprägt von Populisten, die Angst vor dem Anderen schüren und einem angeblichen Werteverfall das Wort reden, die Schuldzuweisungen aussprechen, Probleme verschleiern und demokratische Kultur nachhaltig beschädigen. Zugleich hat der Rückzug des Staates, der mit der marktliberalen Politik der letzten 20 Jahre einherging, zu einem konkreten Machtverlust der öffentlichen Hand geführt, während der Einfluss privater, demokratisch nicht kontrollierter Akteure dramatisch zugenommen hat. Die daraus resultierende Unfähigkeit zu wirksamem staatlichen Handeln verstärkt die Legitimationskrise des Systems ein weiteres Mal.

Doch so berechtigt und so umfassend die Kritik am derzeitigen Status quo unserer Gesellschaften ausfällt, es hat sich nicht alles zum Schlechten verändert. Wo die hohe Anzahl an Bürgerprotesten einerseits zeigt, dass sich das politische System in einer tiefen Krise befindet, zeigt sich andererseits ein ausgeprägtes demokratisches Bewusstsein und der selbstverständliche Wille, Mitbestimmung in Anspruch nehmen zu wollen.



Was im angloamerikanischen Sprachraum als »Democratic Involvement« bezeichnet wird, scheint im siebten Jahrzehnt nach dem Ende der faschistischen Herrschaft auch in Deutschland das alte Obrigkeitsdenken abzulösen. An die Stelle des autoritätshörigen Befehlsempfängers tritt der aufgeklärte Mensch, der selbstbewusst von den Mächtigen verlangt, Rechenschaft über ihr Handeln abzulegen, der um seine eigene Macht weiß und sie gemeinsam mit anderen auch einsetzen kann. Zum Beispiel in der Forderung nach Offenheit und Transparenz, wie sie in den Diskussionen um das Konzept »Open Government« (»Offene Regierung« oder »Offener Staat«) zum Ausdruck kommen, das eine weitreichende Transparenz staatlichen Handelns fordert.

»Open Government« steht für die weitgehende Öffnung staatlicher und bürokratischer Institutionen und ihrer Strukturen und nimmt vor allem die digitalen Technologien und die damit verbundenen Möglichkeiten zur transparenteren Organisation politischer Prozesse in den Blick. In der Tat eröffnen sich mit den interaktiven Potenzialen moderner Medien ungeahnte Möglichkeiten für Beteiligung; denn sie brechen das alte Sender-Empfänger-Prinzip auf und lassen potenziell jede und jeden zum Sender werden – jederzeit, weltweit. Die Möglichkeit, über Tausende Kilometer in Echtzeit zu kommunizieren, hat die Welt kleiner gemacht und begünstigt die Entstehung eines globalen Bewusstseins und einer künftigen Weltgesellschaft, in der die dramatischen weltweiten Ungleichheiten nicht mehr einfach hingenommen werden können.

Vor allem für die junge Generation sind die Möglichkeits- und Erfahrungshorizonte digitaler Medien Teil der gelebten Kultur, die sich im Denken und Handeln fortschreibt und die nach vertikalen statt nach horizontalen Aktions- und Kommunikationsformen verlangt. Internet-Dienste wie Youtube, Facebook oder Twitter haben erst jüngst in den revolutionären Umbrüchen der arabischen Welt gezeigt, welches enorme Potenzial in ihnen steckt. Dieses ist gerade für die Gewerkschaftsjugendlichen noch lange nicht ausgeschöpft. Wer mit umfassender und allgegenwärtiger digitaler Vernetzung sozialisiert worden und daran gewöhnt ist, unmittelbar auf Ereignisse zu reagieren und Informationen mit anderen teilen zu können, der wird wenig Verständnis dafür aufbringen, wenn künftige gesellschaftliche Akteure diese Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung nicht in vollem Umfang nutzen.

Selbstbewusstsein im Konflikt Gewerkschaften als Experten in Sachen Beteiligung

Die schon heute artikulierte Forderung nach Einbeziehung und Mitsprache in politischen Prozessen kann als Vorbote einer neuen politischen Kultur gesehen werden, in der das Prinzip der Stellvertretung durch direkte Beteiligung erweitert wird. »Democratic Involvement«, die alltägliche und selbstverständliche Teilhabe, Transparenz und Mitbestimmung sind zentrale Forderungen großer Teile der Gesellschaft. Forderungen, die sich nicht auf ideologische Gesellschaftsentwürfe oder Parteiprogramme beziehen, sondern im direkten Umfeld der Menschen für Verbesserung sorgen sollen. Für Gewerkschaften eröffnet sich damit eine historische Chance – und eine neue Verpflichtung, denn die Gespenster der Geschichte sind keineswegs gebannt. Ob in Österreich, den Niederlanden, Ungarn oder den USA – populistische Formationen und Politiker zumeist vom rechten Rand inszenieren sich in zahlreichen Ländern als Graswurzel-Bewegung, die der vermeintlich schweigenden Mehrheit eine Stimme gibt.

»Der Konflikt ist der Kern einer freien und offenen Gesellschaft.«

– Alinsky

Es ist also an der Zeit, diesen Bewegungen eine Stimme der Vernunft entgegenzusetzen, ohne grundlegende Veränderungen abzulehnen oder verwässern zu wollen. Es ist an der Zeit, die Chancen beherzt zu ergreifen und sie nicht reaktionären Kräften zu überlassen, es ist an der Zeit, den Zerfallerscheinungen der Gegenwart eine echte Alternative, eine kommende neue Demokratie gegenüber zu stellen.

Wenngleich die anstehenden Veränderungen offen sind und das Resultat nicht vorhersehbar, ist doch klar, dass der kommende Transformationsprozess auf bestehende Erfahrungen und Strukturen zurückgreifen können und müssen wird. Jenseits der etablierten repräsentativen Strukturen sind die Erfahrungen in diesem Feld jedoch rar gesät. Gerade die Gewerkschaften können hier mit gutem Recht als die einzigen großen Akteure gelten, die auf fundierte Erfahrungen in Sachen Beteiligung zurückgreifen können. Obgleich sie in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik immer auch als Stellvertreter-Organisationen für ihre Mitglieder agiert haben, war die betriebliche Mitbestimmung eine zentrale Säule ihrer Arbeit. In den Betrieben, in denen die Gewerkschaften aktiv waren, gab es stets nicht nur den Betriebsrat als Interessenvertretung, sondern

immer auch die Vertrauensleute als Ansprechpartner/-innen der Beschäftigten auf Augenhöhe. Neben der Aushandlung von Löhnen und Gehältern ging es immer auch darum, den Betrieb als sozialen Lebensraum der Beschäftigten zu verstehen, dessen Strukturen und Prozesse von den Betroffenen mit gestaltet werden. In noch früherer Zeit und in umfassenderem Sinn waren Gewerkschaften seit ihrer Entstehung prägend für eine ganze Kultur, die sich von den Betrieben ausgehend in das Leben der Menschen ausdehnte, Vereine gründete, Bildung organisierte und gemeinsame Versorgungsunternehmen betrieb. Der Soziologe Oskar Negt bezeichnet dies als das »kulturelle und politische Mandat« der Gewerkschaften in den »Wohn- und Lebensräumen der Menschen«.

Nach der Transformationshypothese, die das Ende der Repräsentationslogik als das entscheidende demokratische Ordnungsprinzip kommen sieht, sind die von den Gewerkschaften gesammelten Erfahrungen und Kompetenzen von zentraler Bedeutung für eine gesellschaftliche Ordnung, die sich auf direkter Mitbestimmung in gesellschaftlichen und politischen Fragen gründet. Wo es in der betrieblichen Mitbestimmung darum geht, die Beschäftigten nicht nur als Erbringer von Arbeitskraft zu sehen, sondern als soziale und politische Wesen, die sich auch und gerade an ihrem Arbeitsplatz entfalten und verwirklichen wollen, so geht es in den gegenwärtigen Entwicklungen um genau diese Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung und Verwirklichung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene.

Dies stellt aber die großen und zuweilen schwerfälligen Apparate der deutschen Gewerkschaften und auch der IG Metall vor ernstzunehmende Herausforderungen, nicht nur mit Blick auf ihre Bürokratie. Die Umstellung der Organisationskultur von Stellvertretung auf Beteiligung und das Annehmen einer erweiterten gesellschaftlichen Aufgabe braucht Zeit und kann nicht von heute auf morgen gelingen. Erste Ansätze werden in der IG Metall seit einigen Jahren verfolgt und einige Projekte, die auf den Prinzipien des Organizing beruhen, wurden in Betrieben und bundesweiten Kampagnen bereits eingesetzt. Ein guter Anfang ist also gemacht. Allerdings sollte den Gewerkschaften bewusst sein, dass sie nicht für alle Probleme dieser Welt verantwortlich sind.

Gewerkschaft in Verantwortung Aufgaben für die Zukunft

»Eine Welt schaffen, in der der Wert des Einzelnen Beachtung findet.«
— Alinsky

Die zu bewältigenden Aufgaben sind groß. Denn es geht um nichts weniger als um die Formulierung einer neuen gesellschaftlichen Vision, einer Vision, die in unserer Gesellschaft bereits latent vorhanden ist, deren Werte aber formuliert und deren Strukturen geformt werden müssen. Es geht darum, das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft neu zu bestimmen und das Ende der Dominanz des kapitalistischen Profitprinzips einzuläuten. Es muss darum gehen, das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit neu auszuhandeln. Ohne einen gesellschaftlichen Ausgleichsmechanismus kann es keine Gerechtigkeit geben, die von den Menschen auch so akzeptiert wird. Das ist aber gerade die Voraussetzung für Freiheit. Es geht darum, eine Welt zu schaffen, in der »alle Menschen aufrecht ihren Weg gehen können«, wie es beim Begründer des Organizing, Saul David Alinsky, heißt.

Das setzt voraus, dass Gewerkschaften nicht nur das »Democratic Involvement« der Menschen ermöglichen, sondern sich auch selbst wieder stärker in das Leben der Menschen einmischen und sich nicht nur auf klassische Strukturen und Arbeitsverhältnisse konzentrieren. Dazu gehören Angebote für SchülerInnen und StudentInnen, für Erwerbslose und RentnerInnen, für BeamtInnen und FreiberuflerInnen, dazu gehört Engagement im Sport und in der Kultur genauso wie eine klare Position in kommunalen oder bildungspolitischen Fragen. Dazu gehört es, die Unterprivilegierten genauso mitzunehmen wie die Wohlhabenden, den »Bildungsfernen« genauso wie den »Bildungsbürger«. Um ein weiteres Mal Oskar Negt zu bemühen, zur »Mandatserweiterung« gehört es, sich der »Lebenszusammenhänge« der Menschen in ihrer Gesamtheit immer dann anzunehmen, wenn es um kollektive Organisierung geht.

Wenn die These vom Niedergang dieser repräsentativen Demokratie zutrifft, dann zeigt sich bei genauem Hinsehen eine Lücke in der politischen Mechanik, die auszufüllen Gewerkschaften mit ihren Erfahrungen besonders geeignet sind. Keine große Organisation kann hier besser einspringen als Gewerkschaften, weil keine Organisation über eine vergleichbare historische Kompetenz verfügt.



Gewerkschaften sind vor allen anderen die Experten in Sachen Mitbestimmung jenseits von Repräsentationslogik – und sollten dies in den aktuellen Debatten laut und deutlich zum Ausdruck bringen. Sie sollten stolz darauf sein, dass das gewerkschaftliche Modell der Mitbestimmung die Blaupause für neue Formen gesellschaftlicher Mitbestimmung sein kann.

Gesellschaft in Beteiligung Perspektiven für die Demokratie

»Eine Gesellschaft schaffen, in der alle Fähigkeiten des Menschen ausgeschöpft werden können.«
– Alinsky

»Wir wollen das Unbekannte betrachten, um festzustellen, wie unbekannt es ist. Lasst uns sehen, über welche Waffen wir verfügen, um der Herausforderung, die vor uns liegt, zu begegnen«, heißt es bei Alinsky. Es erinnert uns daran, dass auch im Unbekannten, das vor uns liegt, unsere Erfahrungen ihren Wert behalten und weist darauf hin, dass der Ausgang der anstehenden Veränderungen offen ist – und von uns beeinflusst werden kann.

In der Tat erscheint die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Großwetterlage stürmisch, der Blick über die nationalen Grenzen zeigt, dass diese Entwicklung in anderen vergleichbaren Ländern bereits weiter fortgeschritten ist, und es wäre naiv zu glauben, dass diese Stürme an uns vorbeiziehen. Gewerkschaften haben in den 150 Jahren ihres Bestehens schon viele stürmische Situationen durchlebt und werden ein weiteres Mal ein natürliches Sammelbecken für die kollektive Selbstorganisation der arbeitenden Menschen bilden. Denn ein weiteres Mal sind auch die Bedrohungen zahlreich. Die vom Untergang bedrohten Akteure werden sich gegen ihr Verschwinden wehren und Angebote machen, die Beteiligung und Mitbestimmung vortäuschen. Populisten und Neofaschisten werden mit vergifteten Parolen versuchen, die Gunst der Stunde für ihre pervertierten Ziele zu nutzen, und Geschäftemacher aller Art werden versuchen, ihren Profit aus den Umwälzungen zu schlagen. In all diesen Irrungen werden die Gewerkschaften einen klaren Kopf behalten müssen und ein Bollwerk gegen autoritäre und totalitäre Bewegungen sein. Sie dürfen das Ziel einer Demokratie als gelebten und dauerhaften Prozess und gerechte, offene Gesellschaften – vor

allem in den Industriestaaten – nicht aus den Augen verlieren. Und sie sollten an vorderster Front gefragt sein, wenn es darum geht, die Transformation zu einer gelebten, vertrauensfähigen Demokratie, die Transformation zur Beteiligungsdemokratie zu gestalten.



Eric Leiderer, geboren 1972 in Aschaffenburg, ist seit 2008 Bundesjugendsekretär der IG Metall und Leiter des Vorstandsressorts »Junge IG Metall«. Er verantwortet die 2009 gestartete Mobilisierungskampagne »Operation Übernahme« der IG Metall Jugend. Als größter politischer Jugendverband in Deutschland organisiert die IG Metall Jugend mehr als 200.000 Mitglieder unter 28. (Eric Leiderer wurde redaktionell unterstützt von Bernhard Dobbert.)